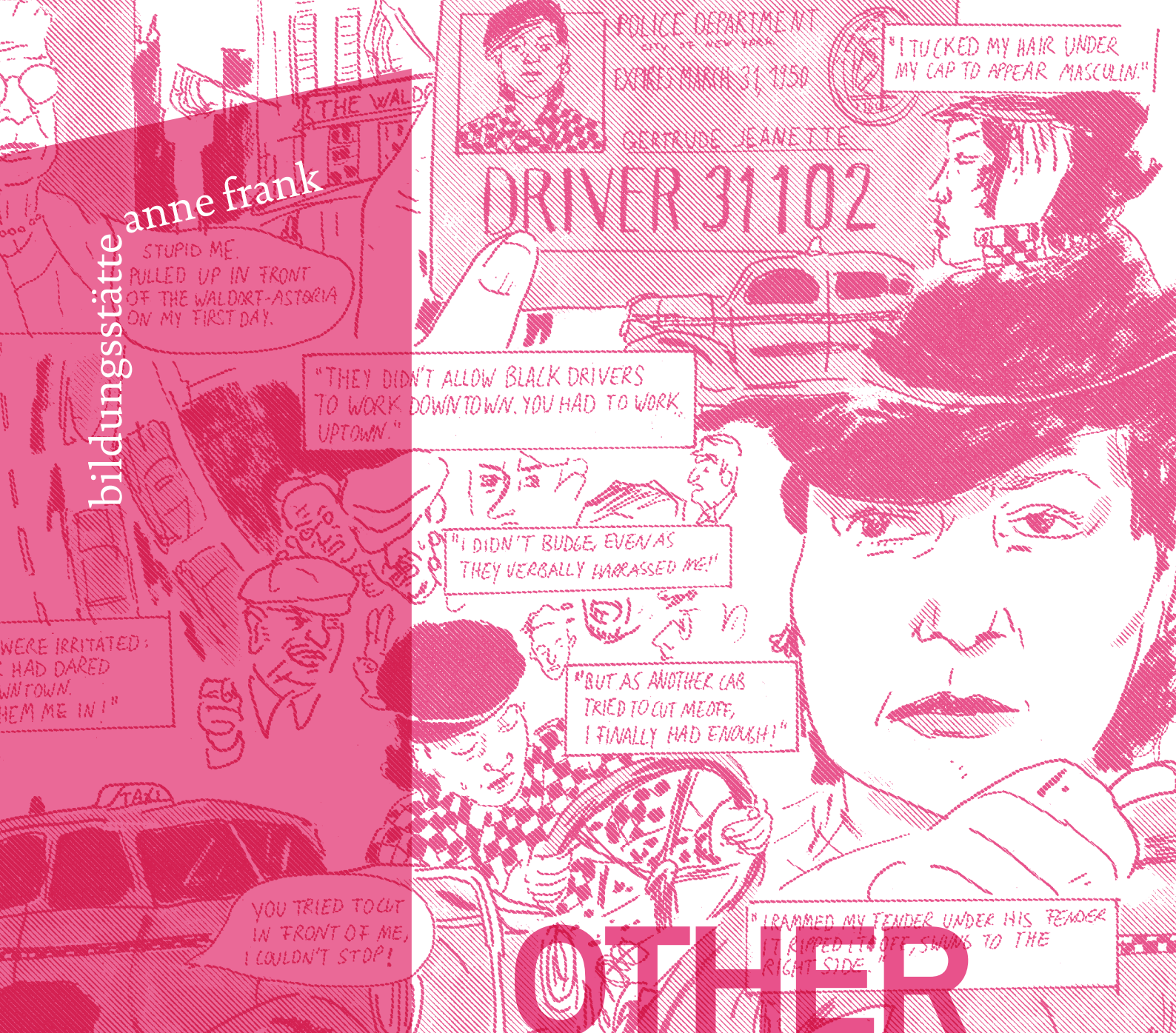


bildungsstätte **anne frank**



OTHER STORIES

AUSGABE #3

2017/2018

Die Welt steht Comic

Ein popkultureller Zugang zu
Geschichte und Gegenwart

„Juden sind alle Mörder“

Die Folgen von falschem Umgang mit
Antisemitismus an Schulen

Der blinde Fleck

Rechte Gewalttaten in der Öffentlichkeit

Und viele weitere Geschichten

PERSPEKTIVEN
DER BILDUNGSSTÄTTE
ANNE FRANK

Inhalt

Grußwort	01	Immer on tour	17
Vom Tagebuch zum Blog Das neue Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“	02	Das Mobile Lernlabor „Mensch, Du hast Recht(e)!“	
Aus. Schluss. Good Bye. Drei Erinnerungen an die „alte“ Anne Frank-Dauerausstellung	05	#letsmaketheworldabetterplaceagain Junge Stimmen zu unserem Fortbil- dungsprogramm „Mach dich zum Profi“	18
Alles Angriffe „ohne ersichtlichen Grund“? Rechte Gewalttaten und Öffentlichkeit	06	„Juden sind alle Mörder“ Über einen falschen Umgang mit Antise- mitismus – auch an den Schulen	20
Auf einmal zu alt fürs Ehrenamt Antidiskriminierungsberatung und ihre Herausforderungen	08	Challenging Postcolonial Antisemitismus ist der blinde Fleck postkolonialer Rassismuskritik	22
Bis zum Äußersten Was ist in Zeiten einer fragilen Mitte extrem?	10	Politik statt Recht Zum rechtlichen Umgang mit Populismus	24
Die Welt steht Comic Ein popkultureller Zugang zu Geschichte und Gegenwart	12	Gedenken und Engagieren Der erste Anne Frank-Tag der Stadt Frankfurt	26
Hihi, Hitler Interview: Ist der Hitler-Witz noch zu retten?	14	„Künstler müssen sich zu politischen Fragen verhalten“ Interview zur Kunstaktion „korrekturen“	28
Von Trump bis zur Superkarotte Über Do’s und Don’ts im Comicfach	14	Neuerscheinungen	30
		Aus dem Verein	31
		To be continued	32
„Damals war ich noch nicht einmal geboren!“ Eine Annäherung an den Jugoslawienkonflikt	16	Impressum	33

Liebe Leserinnen und Leser,

während des Verfassens dieser Zeilen haben an der Hansaallee in Frankfurt die Handwerker über-
nommen, die Hälfte meines Teams ist in einen
Container gezogen, die Büros werden aufgehübscht,
die Ausstellungsräume – bis auf das in den zwan-
ziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts verlegte
Parkett – komplett neu arrangiert, Wände eingerissen,
eine Empore errichtet und ganz viel Platz geschaffen
für das neue Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“,
das wir im Sommer 2018 eröffnen.

Auch diese Ausgabe ist eine Baustelle im besten Sinne,
die einen Zustand des Dazwischen widerspiegelt.
Zwischen Gestern & Morgen versuchen wir, viele
Fäden in der Hand zu halten und neue zu knüpfen.

Derweil scheint für viele die Welt Kopf zu stehen:
„Nach Köln“, „nach Berlin“ oder „nach Hamburg“
werden bestimmte Ereignisse gleich mit bisweilen
starken politischen Forderungen verbunden.
Wir erleben eine Beschleunigung und Zuspitzung
der gesellschaftspolitischen Debatten, in dem Zuge
wird auch die politische Bildung verstärkt zum
Handeln aufgefordert. All das geschieht mal mehr,
mal weniger ausgeruht. Als Zentrum für poli-
tische Bildung und Beratung Hessen reagieren wir
selbstverständlich auf tagesaktuelle Themen,
möchten aber unsere Haltungen und Ziele nicht
grundsätzlich durch Konjekturen und Trends
irritieren lassen.

Ein stabiler Anker unserer historisch-politischen
Bildungsarbeit war 14 Jahre lang die Ausstellung
„Anne Frank. Ein Mädchen aus Deutschland“. Mehr
als 130.000 Jugendliche haben sich dort ausge-
hend von der Geschichte Anne Franks mit NS und
Holocaust, mit Fragen der Menschenrechte,
Gerechtigkeit und Demokratie auseinandergesetzt.
Auch ganz ohne Pathos ist ihr Beitrag für die poli-
tische Sozialisation und das historische Bewusstsein
mehrerer „Generationen“ von jungen Menschen
beachtlich. Ich danke allen Teamerinnen und Teamern,
die über die Jahre mit den Jugendgruppen engagiert
und auf Augenhöhe nach dem Prinzip der „peer
education“ gearbeitet haben. Technisch und didaktisch
haben wir uns zusammen weiterentwickeln können.

Morgen: Unsere Kurator*innen schmieden derzeit
innovative Konzepte für eine heutige Ausein-
andersetzung mit einer „altbekannten“ Geschichte.
Wir schreiben zwar nicht, wie die BILD-Zeitung
mit Blick auf das Lernlabor etwas beherzt titelte, „die
Geschichte von Anne Frank neu“. Aber wir aktuali-
sieren die Fragen, stellen alte Fragen wieder neu zur
Debatte und versuchen, die Geschichte von Anne
Frank mit gesellschaftspolitischen Themen von heute
zu verknüpfen, die Jugendliche besonders stark
bewegen. Auf den folgenden Seiten ermöglichen wir
Ihnen schon einmal einen Schulterblick.

Und jetzt? In der Zwischenzeit macht die politische
Bildungsarbeit natürlich keine Pause. Noch in diesem
Jahr stehen zahlreiche Veranstaltungen und Fachta-
gungen an, neue Projekte in den Startlöchern. Unsere
Wanderausstellung setzt ihre Tour durch Hessen
und über seine Grenzen hinaus fort. Die Beratungsstel-
len für Betroffene von rechter Gewalt (response)
und von Diskriminierung (Adibe Netzwerk Hessen)
sind auch während der Umbauzeit geöffnet. Mehr
noch: Mit einer Zweigstelle in Kassel wird response
das Angebot für Betroffene in Nordhessen noch
weiter ausbauen.

Was meine Mitarbeiter*innen in den vergangenen
Monaten mitunter inhaltlich beschäftigt hat, können
Sie in diesem Heft nachlesen. Den Autor*innen
und der Redaktion um Eva Berendsen danke ich für
diese gelungene und abwechslungsreiche Ausgabe,
in der Sie auch immer wieder über politische Kunst
und über Comics stolpern werden mitsamt ihren
Held*innen und Schurk*innen, ihren gesellschafts-
kritischen und utopischen Potentialen.

Ein herzlicher Gruß aus dem Interim der Bildungs-
stätte Anne Frank, in dem mit Herz, Verstand
und auch ein kleines bisschen Superheld*innen-Spirit
derzeit Neues entsteht.

Ihr Meron Mendel
Direktor der Bildungsstätte Anne Frank

ICH SCHREIBE TAGEBUCH!

Vom Tagebuch zum Blog

Die Bildungsstätte entwickelt eine neue Ausstellung über Anne Frank. Wie dabei weder die Person hinter ihrer Botschaft verschwindet – noch andersherum.

Eine Ausstellung über Anne Frank zu entwickeln, ist auch 2017 noch Anlass, sich viele Fragen zu stellen: Wie kann Anne Frank heute erzählt werden? Wie können ihre Geschichte und ihre Gedanken sinnvoll in die Gegenwart geholt werden und welche Herausforderungen stellen sich dabei?

Die bewegenden Tagebuchaufzeichnungen des jüdischen Mädchens Anne Frank sind für viele Jugendliche bis heute ein Türöffner, um sich mit Geschichte, mit dem Holocaust und mit Ideologien der Ungleichwertigkeit zu beschäftigen. In genau dieser Chance liegt jedoch auch die Herausforderung. Wird Anne Frank zum Symbol für diverse Fragen und Themen der Gegenwart, dann wird ihre persönliche Geschichte „kleingeschrieben“: Ihre Biografie und ihr Tagebuch treten hinter einer universellen Botschaft oder einem humanistischen Lernziel zurück. Ihr Leben, ihre Erfahrungen und Gedanken – zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt in der Geschichte, während einer ganz spezifischen Verfolgungssituation – werden zunehmend unsichtbar. Sie werden von den Rezipient*innen überschrieben (s. Other Stories #2/2016).

Wie also kann man verhindern, dass Erfahrungen der Diskriminierung und Verfolgung gleichgesetzt werden („Das ist heute genau dasselbe wie damals“)? Und wie kann man es dennoch ermöglichen, dass historische Formen von Ausgrenzung zum Ausgangspunkt einer Auseinandersetzung mit aktuellen Erscheinungen von Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung werden?

Sowohl die besondere Bedeutung und Einzigartigkeit von Anne Frank, als auch ihre vielfach geteilten Erfahrungen von und ihre Auseinandersetzungen mit Bedrohung, Verfolgung und Widerstand, mit Erwachsenwerden, Gerechtigkeit und Menschlichkeit können vor allem dann gewürdigt und verstanden werden, wenn sie in einen erweiterten Kontext gestellt werden: Im Lernlabor der Bildungsstätte begegnen die Besucher*innen Anne Frank und ihren Überlegungen. Sie lernen aber auch andere Jugendliche kennen, die sich zu unterschiedlichen Zeiten, in unterschiedlichen Kontexten mit ähnlichen Fragen beschäftigt haben. Indem nicht allein Anne Frank Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit aktuellen Themen ist, sondern Anne Frank und weitere jugendliche Perspektiven zum Beispiel das Thema Diskriminierung kommentieren, wird verhindert, dass der Eindruck entsteht: „Diskriminierung heute und damals – das ist doch alles gleich“.

Die anderen Tagebücher

Kinder und Jugendliche waren schon immer von gesellschaftlichen Prozessen und von Ungerechtigkeit betroffen, haben diese beobachtet, Utopien entworfen und unter Bedingungen von Krieg, Verfolgung oder Bedrängung geschrieben. Ihre Themen sind Konflikte, Widerstand und Flucht genauso wie das Erwachsenwerden, die erste Liebe oder das Reiben an gesellschaftlichen Konventionen. Einige dieser Auseinandersetzungen wurden, wie das Tagebuch von Anne Frank, veröffentlicht, einige davon firmieren dabei sogar als „die Anne Frank von...“. Andere sind weitgehend unbekannt geblieben.

Mit den Tagebüchern von Ana Novac und Arieh Koretz sind Aufzeichnungen aus Auschwitz Birkenau und Bergen Belsen erhalten. Die junge Lena Muchina schrieb ihr Tagebuch im belagerten Leningrad.

Auch aus früheren Epochen sind Tagebücher erhalten, die das Ringen mit gesellschaftlichen Verhältnissen beschreiben. Zum Beispiel das Tagebuch von Charlotte L. Forten, die 1838 als Schwarze in Philadelphia geboren wurde. Die Besucher*innen können auch Tagebüchern aus Sarajevo begegnen, dem Blog der Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai oder den Videos von Jamie Raines, in denen er über seinen Alltag auf seinem Weg vom „Mädchen“ zum „Mann“ berichtet.

Aber auch die Auswahl jugendlicher Stimmen aus unterschiedlichen Zeiten und Kontexten birgt Herausforderungen. Einerseits sollen sie Kontinuitäten und Brüche, sollen sie die Vielstimmigkeit jugendlicher Perspektiven vorstellen. Andererseits muss bedacht werden, dass sie in musealem oder pädagogischen Kontext schnell als exemplarisch

verstanden werden. Es geht nicht darum, Anne Frank weitere Stellvertreter*innen oder Symbole für andere Aspekte, Themen oder Zeiten zur Seite zu stellen, sondern individuelle Auseinandersetzungen mit unterschiedlichen Bedingungen zu zeigen.

Das Tagebuch von Charlotte Forten zum Beispiel kann verstanden werden als eine Möglichkeit, sich mit dem emanzipatorischen und politischen Engagement einer jungen schwarzen Frau zu beschäftigen. Es soll jedoch nicht als Beleg dafür dienen, dass Rassismus (allein) ein Problem des Amerika‘ des 19. Jahrhunderts ist. Wenn historische oder regionale, jugendliche Akteur*innen als Stellvertreter*innen für eine bestimmte Problemlage gelesen werden, besteht die Gefahr, dass diese Problemlage als Symptom jener historischen oder regionalen Umstände verstanden und externalisiert wird: Rassismus ist ein



Problem Amerikas, Antisemitismus ein Problem der NS-Zeit, Menschenrechtsverletzungen passieren im sogenannten Nahen und Fernen Osten.

Ebenso können Sprecher*innen als Vertreter*innen von „Abweichungen“ wahrgenommen werden. Dann wird nicht mehr vorrangig die Ausgrenzung von Menschen, zum Beispiel aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, als Problem wahrgenommen, sondern Homosexualität oder Transgender als Abweichung von der Norm verstanden – eine Abweichung, der man mit Toleranz zu begegnen habe oder die man eben aushalten müsse. Es geht der Bildungsstätte aber gerade nicht darum, Differenzkategorien herauszustellen und damit zu verstetigen.

Stattdessen sollen diese Kategorien irritiert und der Auseinandersetzung mit Erfahrungen von Marginalisierung und Diskriminierung Raum gegeben werden.

Die Begegnungen mit jugendlichen Stimmen eröffnen den Besucher*innen des Lernlabors ganz persönliche Fragen und Zugänge: Welche individuelle, welche politische Kraft liegt im Schreiben und Dokumentieren? Welche Stimmen werden gehört? Welche Themen beschäftigen mich heute? In welcher Gesellschaft möchte ich heute leben? Und wofür lohnt es sich zu streiten?

Deborah Krieg, Kuratorin von „Anne Frank. Morgen mehr.“

Ab Juni 2018: Anne Frank. Morgen mehr. – ein interaktives Lernlabor zu Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in Vergangenheit und Gegenwart

Die partizipative inhaltliche Entwicklung des Lernlabors wird im Rahmen des Projektes „Wenn Anne ein rosa Pali-Tuch trägt - Ein Lernlabor zu Antisemitismus und Jugendkultur in der Migrationsgesellschaft“ durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ finanziert. Es wird gefördert von der Stadt Frankfurt am Main, dem Anne Frank Fonds Basel, der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main, der Max von Grunelius Stiftung, der Georg und Franziska Speyer'sche Hochschulstiftung. Der Bau der neuen Dauerausstellung wird durch den Hessischen Museumsverband gefördert.

Bis zur großen Eröffnung des Lernlabors im Juni 2018 teilen Jugendliche und junge Erwachsene im Blog „montag mehr“ ihre Perspektiven auf Gesellschaft.

bit.ly/montagmehr
bs-anne-frank.de/morgenmehr

MORGEN MEHR

gedul d

Was meinen Sie?

Auch Sie können „Anne Frank. Morgen mehr.“ unterstützen: Sprechen Sie uns an, teilen Sie Ihre Ideen, stellen Sie Ihre Fragen. Fördern Sie das Projekt mit einer Spende.



Blick auf Geschichte: Gregor Gysi in der Anne Frank-Ausstellung kurz vor ihrem Abbau.

Aus. Schluss. Good Bye.

Nach 14 Jahren hat die Bildungsstätte ihre Dauerausstellung „Anne Frank. Ein Mädchen aus Deutschland“ geschlossen, um Platz für das neue Lernlabor zu machen. Drei Erinnerungen.

Therapie gegen Antisemitismus? Zahlt die Krankenkasse!

„Es waren vor allem die Fragen, die Diskussionen in Gang gebracht und lebendig gemacht haben; auch oder vor allem Fragen, die zuerst ein wenig absurd erschienen: ‚Wie hat Hitler das alles alleine gemacht?‘, ‚Sind Juden wirklich alle reich?‘, ‚Kann sowas nochmal passieren?‘ oder ‚Was machen Eltern, wenn sie merken, dass ihr Kind Antisemit ist?‘

Bei der Diskussion darüber, ob ‚so etwas nochmal passieren‘ kann, haben die Teilnehmer*innen vor sechs Jahren meist mit einem klaren Nein geantwortet: Die jetzige Demokratie funktioniere viel besser und die Menschen hätten aus der Vergangenheit gelernt. Zuletzt wurde in den Begleitungen oft deutlich, dass angesichts des Erstarkens völkischer und autoritärer Bewegungen das Vertrauen in die Demokratie und ihre Grundwerte nicht mehr ungebrochen gilt.

In der Diskussion, wie man autoritären und menschenfeindlichen Tendenzen entgegen treten kann, gibt es oft gute Ideen – und manchmal recht originelle: ‚Ist doch klar! Wenn man Antisemit ist, dann muss man eine Therapie machen – das zahlt auch die Krankenkasse!‘, antwortete eine Zwölfjährige. Ich freue mich in jedem Fall auf das neue Lernlabor und auf neue spannende Fragen!“



*Hannah Abels,
Teamerin
von 2011 bis 2017*

Nichts für Leute mit Lernziel-Agenda

„Die Ausstellung war eigentlich keine Ausstellung, sondern bereits ein ‚Lernlabor‘ – ein Vorläufer der jetzt an der Bildungsstätte entwickelten Konzepte. Ein Rahmen für einen Lernprozess, der davon ausging, dass die Aneignung von Geschichte divers ist. Wer also eine Agenda hatte, was die Besucher*innen unbedingt zu lernen hätten, war mit dieser Ausstellung unzufrieden. Die Besucher*innen sollten selbst ihren Weg und ihre Fragen finden. Die Begleiter*innen sollten sie bei der Suche nach Antworten unterstützen.

Heute bin ich sicher, dass wir mit diesem Konzept einen viel zu hohen Anspruch an die Nutzer*innen gestellt haben. Wie das Konzept funktioniert hat und wie nicht – darüber lässt sich allerdings viel lernen für die differenzsensible Vermittlung von Geschichte und Judenfeindschaft. Und auch für den Umgang mit dem Raum als Lernumgebung.“



*Gottfried Kößler,
Kurator von „Anne Frank.
Ein Mädchen
aus Deutschland“*

Ort der Begegnung

„Die Ausstellung war ein Ort der Begegnung mit Menschen, die mit unterschiedlichen Zugängen und Interessen an die Geschichte Anne Franks herantraten. Zahlreiche Besucher*innengruppen – keine glich der anderen. Und die vielen Kolleginnen und Kollegen, die über die Jahre durch ihre kontinuierliche Auseinandersetzung mit der Thematik Spuren im Ausstellungsformat hinterlassen haben.“



*Aylin Zafer,
Teamerin
von 2006 bis 2012*

Alles Angriffe „ohne ersichtlichen Grund“?

Rechte Gewalttaten werden von Öffentlichkeit und Behörden oft nicht als solche erkannt – das hat gravierende Folgen für Betroffene und die Beratungsarbeit.

Ein 17-jähriger Geflüchteter wurde im März 2017 im hessischen Wanfried beim Joggen überfallen, niedergeschlagen und mit einem Messer verletzt. Fast niemand weiß davon, denn der Fall erregte kaum Aufmerksamkeit. Die Pressemitteilung der Polizei war die einzige Form der Berichterstattung – ein kritisches Hinschauen und Verstehen-Wollen blieb aus.

Dabei waren aus der Mitteilung einige typische Aspekte rechter Gewalt herauszulesen, welche aufmerksam machen sollten: Der Grund für die Tat sei unklar, ein vorheriger Konflikt unbekannt. Eine besondere Brutalität wurde vermerkt – der Täter war bewaffnet. Er wurde als Deutscher mit breiter Statur und dunkler Kapuze beschrieben.

Oft werden solche Vorfälle als gewöhnliche interpersonelle Konflikte eingeordnet: Person A hat einen Konflikt mit Person B. Rechte Ideologie als Tatmotiv wird in diesem Ansatz nicht gesehen. Dabei deutet, wie im Fall Wanfried, oft schon die Auswahl des Opfers auf die Einstellung des Täters. Allerdings scheint das Muster dahinter nicht ausreichend bekannt: dass Betroffene als Stellvertreter*innen einer konstruierten, zugeschriebenen oder tatsächlichen Gruppe, die als ungleichwertig angesehen wird, angegriffen werden. Genau deshalb, weil die Opfer nicht als Individuum attackiert werden,

gibt es meist auch keinen vorangegangenen Konflikt. Allzu oft werden rechte und rassistische Angriffe durch offizielle Stellen und die Öffentlichkeit darum als Angriffe „ohne ersichtlichen Grund“ eingeordnet – und zwar auch im sechsten Jahr nach der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU).

Gegen den Mythos von Einzelfällen

Wir erleben derzeit einen Höchststand rechter Straftat und vor allem Gewalttaten seit Beginn der Erfassung in dieser Art vor 16 Jahren. Für das Jahr 2016 wurden 23.555 Straftaten in der Kategorie „Politisch Motivierte Kriminalität – rechts“ gezählt. Einen Tag nach der relativen Aufmerksamkeit, welche die Vorstellung der „PMK“-Statistik des Innenministeriums im April 2017 erzeugte, war es um das Thema schon wieder ruhig geworden. Bereits im Februar wurde die Teilstatistik für Hessen präsentiert, wonach es 18,8 Prozent mehr rechtsmotivierte Straftaten gab als 2015. Auch dieser enorme Anstieg fand sich im öffentlichen Diskurs kaum wieder.

Zwar schaffen es spektakuläre Fälle in die Medien und erregen die Aufmerksamkeit der Politik. Ein Beispiel sind die Geschehnisse um den Bundeswehrsoldaten Franco A. aus Offenbach, der sich als Geflüchteter ausgab und einen mutmaßlich rassistisch motivierten Anschlag geplant hatte. Doch nach wie vor besteht trotz der Ausmaße und besorgniserregenden Zahlen rechter Gewalt der Mythos von Einzelfällen am rechten Rand. Immer wieder bleibt die Skandalisierung der Kontinuität rechter Gewalt ebenso aus wie das Einfordern von Reaktionen und der sensible Blick auf das „Leben in Unsicherheit“ der Betroffenen, wie Amnesty International 2016 eine Studie dazu überschrieben hat. Darin beschreiben die Herausgeber*innen eindrücklich, wie Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt in Deutschland nicht nur mit den erlebten Vorfällen zurechtkommen müssen, sondern in der Folge meist von den Behörden im Stich gelassen werden. Betroffene erleben beständig eine Bagatellisierung und Verdrängung des Erlebten. Diese Erfahrungen wiegen häufig schwerer als die Gewalttaten selbst.

Response: hinsehen, hinhören, dokumentieren

Neben den bekannten Zahlen des Landes und des Bundes muss davon ausgegangen werden, dass sich viele, die von rechter und rassistischer Gewalt betroffen sind, nicht an die Polizei wenden – aus Angst vor Einschüchterungen und weiterer Gewalt, aufgrund vorheriger diskriminierender Erfahrungen oder nicht zuletzt wegen eigener Bearbeitungsstrategien abseits des Strafrechts. Die hessische Beratungsstelle response erfährt in ihrer Arbeit, dass besonders Nötigungen, Bedrohungen und rassistische Beleidigungen ungesehen bleiben, da diese für die Betroffenen eher zu den Rassismen gehören, die sie alltäglich auszuhalten haben und gar nicht zur Anzeige bringen.

Mit aktiver Recherche- und Netzwerkarbeit möchte response schneller von Vorfällen in Hessen erfahren, um Betroffenen direkt Beratungsangebote machen zu können. Response begreift sich außerdem als Dokumentationsstelle für rechte und rassistische Gewalt in Hessen. Die Ergebnisse des sogenannten Monitorings werden auf der Internetseite unter „Chronik“ veröffentlicht. Mit dem neuen Angebot soll rechte Gewalt sichtbar gemacht und zur Diskussion gestellt werden. Ganz besonders ist response dabei auf die Meldung von Vorfällen durch Betroffene und Zeug*innen angewiesen. Es geht darum, für die Breite und das Ausmaß rechter und rassistischer Gewalt zu sensibilisieren. Und darum, genau hinzusehen und hinzuhören.

Roman Jeltsch, Berater und professioneller Opferhelfer der hessischen Beratungsstelle response



response. Beratung für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt – ein Angebot der Bildungsstätte Anne Frank

Anfang 2016 wurde response in der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main aus Mitteln von Bund und Land aufgebaut, im Herbst 2017 wird eine Zweigstelle in Kassel eröffnet. Response wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ durch das Bundesministerium für Familie Senioren, Frauen und Jugend sowie im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ durch das Ministerium des Innern und für Sport gefördert.

response recherchiert und dokumentiert rechte und rassistische Vorfälle in Hessen: response-hessen.de

Was zählt: Politisch Motivierte Kriminalität

Nach dem Erstarken rechter Gewalt in den 1990er Jahren zeigte sich, wie die bisherige Definition des Bundes von „Staatsschutzdelikten“ mit dem Merkmal der „Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ für die offizielle Erfassung der Phänomene zu kurz griff. Journalist*innen des „Tagesspiegels“ und der „Frankfurter Rundschau“ hatten 2000 eine Liste mit Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 vorgelegt. Die Zahlen wichen massiv von den offiziellen ab. Daraufhin wurde 2001 im ersten periodischen Sicherheitsbericht des BMI politisch motivierte Kriminalität neu erfasst – unter dem Oberbegriff „Hasskriminalität“ sollten nun auch rassistische und antisemitische Straftaten gezählt werden. Nach dem Bekanntwerden des NSU zeigten sich abermals Defizite in der Bewertung von Vorfällen. In der Folge wurden viele bislang nicht als „PMK“ eingestufte Tötungsdelikte überprüft und die Bundesregierung korrigierte die Zahl der Todesopfer seit 1990 nach oben: 75 zählte sie seither, 17 mehr als zuvor. Doch immer noch sind sich offizielle und unabhängige Stellen nicht einig bei der Einschätzung von Vorfällen rechter Gewalt. Zum Vergleich: Die „Zeit“ führt eine Liste mit bis dato 156, die Amadeu Antonio Stiftung mit 179 Todesopfern seit 1990. (rj)

Auf einmal zu alt fürs Ehrenamt

Im Auftrag des Landes Hessen hilft die Beratungsstelle ADiBe bei Diskriminierung. Mit dem dafür eigentlich geschaffenen Gesetz kommt sie auf juristischem Wege oft nicht weiter.

Ein Geflüchteter möchte in einem Fitnessstudio trainieren, bekommt aber keinen Vertrag. Eine Siebzugjährige engagiert sich als Schöffin, soll ihr Ehrenamt aber wegen ihres Alters aufgeben.

Das sind zwei der Geschichten, mit denen sich das ADiBe-Netzwerk Hessen in den vergangenen Monaten beschäftigt hat. Seit September 2016 unterstützt das Netzwerk Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Dabei geht es um schwierige Fragen: Wann ist eine ungerechte Behandlung eine Diskriminierung? Wann kann sie zum Beispiel im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) juristisch belangt werden? Und vor allem: Was können die Betroffenen tun?

Das Recht definiert Diskriminierung als eine Benachteiligung aufgrund von schwer oder gar nicht veränderlichen Merkmalen. Dazu zählen etwa ethnische Herkunft, Religion, Weltanschauung, Geschlecht, Behinderung, Alter oder sexuelle Identität. Wird jemand dagegen wegen eines „sachlichen Grundes“ ausgeschlossen, wie es im Gesetz heißt, ist das keine Diskriminierung. Wenn zum Beispiel Männer nicht in eine Frauensauna dürfen, ist das okay: Die Privatsphäre der Besucherinnen soll gewahrt werden.

Ganz anders ist es im Fall des Mannes, der sich im Fitnessstudio anmelden wollte. Der Betreiber des Studios konnte keine plausible Erklärung liefern, warum er ausgerechnet den jungen Geflüchteten vom Training ausgeschlossen hatte.

Im Sinne des AGG wurde dem Mann also der Zugang zu, beziehungsweise die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen vorenthalten. Noch häufiger als in einem solchen privatwirtschaftlichen Kontext wendet ADiBe das Gesetz im Zusammenhang mit

dem Arbeitsrecht an. Aus diesem Bereich stammen die meisten der Fälle, um die sich das Netzwerk kümmert. Das sind zum Beispiel Probleme bei Bewerbungen oder mutmaßlich diskriminierende Kündigungen.

Das AGG hat allerdings auch Einschränkungen, und eine davon erschwert die Arbeit von ADiBe ganz besonders: Das Gesetz greift nicht, wenn es um Ämter und öffentliche Bildungseinrichtungen geht. Aber gerade aus den Schulen und Universitäten werden dem Netzwerk viele Diskriminierungserfahrungen gemeldet – der Beratungsstatistik zufolge kommen Benachteiligungen in diesem Lebensbereich nach denen in der Arbeitswelt am zweithäufigsten vor.

So berichten zum Beispiel Eltern, dass ihre Kinder von Mitschüler*innen mit dem N-Wort bezeichnet werden und Lehrende nicht eingreifen – mehr noch: Beschweren sich die Betroffenen, werden sie oft als „zu empfindlich“ abgewiesen.

Insgesamt sehen sich die Ratsuchenden von ADiBe am häufigsten aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und Religion diskriminiert. Besonders auffällig dabei ist die Benachteiligung von kopftuchtragenden Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Wie kann das Netzwerk konkret helfen? Zuerst geht es um eine Einschätzung: Ist der Fall eine Diskriminierung nach dem AGG? Handelt es sich um eine Benachteiligung nach einer anderen Rechtsgrundlage? Dazu fordert ADiBe unter anderem die mutmaßlichen Diskriminierungsverantwortlichen zu einer Stellungnahme auf.

So greift das AGG im Fall der 70 Jahre alten Schöffin nicht, denn auch bei Ehrenamt und Freizeit hat es keine Gültigkeit. Allerdings, so hat ADiBe in diesem Fall recherchiert: 2014 gab es eine entsprechende Petition an den Bundestag. Der Beschluss wies darauf hin, dass ältere Menschen in Ausnahmefällen weiter Schöff*innen sein dürfen. Die Altersgrenze sei aber

grundsätzlich zulässig, nämlich wegen des sogenannten Beschleunigungsgebots. Demnach sei ein altersbedingter Ausfall von Schöff*innen zu vermeiden, weil Strafverfahren zügig abzuschließen seien.

Greift das AGG bei einem Fall dagegen tatsächlich, helfen zwei Besonderheiten dieses Gesetzes den Betroffenen. Zum einen ist das AGG, anders als Grundgesetz oder die Strafgesetze, folgenorientiert. Es spielt also keine Rolle, ob etwas vorsätzlich diskriminierend ist. Schließlich haben auch Handlungen und benachteiligende Strukturen, die „nicht böse gemeint“ sind, für die Betroffenen schwerwiegende Folgen.

Die zweite Besonderheit des AGG ist die Beweislastumkehr: Es reicht aus, wenn die oder der Betroffene Indizien vorweisen kann, die eine Diskriminierung vermuten lassen. Dann muss die Gegenseite belegen können, dass von ihr keine Diskriminierung ausgegangen ist. Dennoch steht in der Praxis oft Aussage gegen Aussage, was für eine gerichtliche Beweisführung nicht ausreicht.

Eine große Hürde ist zudem, dass Betroffene nur zwei Monate Zeit haben, um Schadensersatz- oder Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Im Falle des jungen Mannes, der sich nicht im Fitnessstudio anmelden konnte, konnten zwar mehrere Zeug*innen die Diskriminierung belegen – doch die zweimonatige Frist war bereits abgelaufen, der Rechtsweg also versperrt.

Mit dem AGG setzte Deutschland 2006 die Antidiskriminierungsrichtlinie der Europäischen Union in nationales Recht um. Dabei wurde die Richtlinie

stark abgeschwächt, unter anderem durch die verkürzten Fristen und den eingeschränkten Anwendungsbereich. Deutschland setzte die Vorgaben überhaupt erst um, nachdem die EU schon ein Zwangsgeldverfahren eröffnet hatte. Wirtschaftsverbände hatten eine Klagewelle befürchtet, die jedoch nie eingetreten ist.

Die engen Grenzen des AGG sind für die Betroffenen oft frustrierend. Schließlich erhoffen sie sich vom Rechtsweg auch tatsächlich Gerechtigkeit. Für viele ist es aber genauso wichtig, wenn die Verantwortlichen einsichtig sind und sich entschuldigen. Den Menschen geht es um Anerkennung ihrer Diskriminierungserfahrungen – auch, aber nicht ausschließlich vor Gericht.

Mahsa Mahamied, Koordinatorin von ADiBe Netzwerk Hessen – Antidiskriminierungsberatung in der Bildungsstätte Anne Frank



ADiBe Netzwerk Hessen

Seit September 2016 gibt es das ADiBe Netzwerk Hessen in der Bildungsstätte Anne Frank. Im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration berät es Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Bislang sind mehr als 60 Anfragen eingegangen.

adibe-hessen.de

As I expected

Bis zum Äußersten

Was ist in Zeiten einer fragilen Mitte extrem? Überlegungen zu einem geläufigen Begriff.

In der Bildungsstätte melden sich immer wieder Lehrer*innen und beklagen „extreme“ oder „extremistische“ Äußerungen von Jugendlichen. Was ist aber extrem? Ist es extrem, wenn ein Schüler abwertend gegenüber Frauen auftritt? Wenn eine Schülerin gegen die Aufnahme von Geflüchteten ist? Wenn eine Gruppe Jugendlicher einen Gebetsraum an der Schule wünscht? Sind kapitalismuskritische Parolen, auf Schulwände gesprayt, extrem?

Der Begriff kommt vom lateinischen extremus und kann mit „das Äußerste“ übersetzt werden. Schon das deutet an, dass alles, was extrem ist, nur in Abhängigkeit von etwas anderem erklärt werden kann. Als extrem kann nur dann etwas gelten, wenn klar ist, was das Innere ist. Aber was ist innen und außen, wenn es um gesellschaftliche Konstellationen geht?

Es ist nahezu unmöglich, unsere Gesellschaft bezüglich politischer Positionen in innere und äußere Gruppen einzuteilen. Meist werden die Befürworter*innen von Demokratie, Menschenrechten und Pluralismus in der sogenannten Mitte der Gesellschaft angenommen. Gibt es aber überhaupt eine klar positionierte Mitte? Wird der vermeintliche Konsens, dass Demokratie und Menschenrechte schützenswert sind, von allen geteilt? Und verstehen ihn alle gleich?

Aktuelle Studien zeigen schon in ihren Titeln, dass es nur einen fragilen Konsens innerhalb der sogenannten Mitte gibt. Vergangenes Jahr veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung die Studie „Gespaltene Mitte – feindselige Zustände“ und die Heinrich-Böll-Stiftung überschrieb ihre Untersuchung mit „Die enthemmte Mitte“. Ein wesentliches Ergebnis beider

Studien: Zwar lehnt eine Mehrheit der Deutschen Rechtspopulist*innen ab. Allerdings gibt es in den Medien, in sozialen Netzwerken und im direkten Miteinander zunehmend rassistische, antisemitische und andere menschenfeindliche Meinungen.

Wenn schon die Haltung der sogenannten Mitte nicht klar zu definieren ist, fällt es umso schwerer, das Äußere, das Extreme festzumachen. Bei Menschen, die mit Jugendlichen arbeiten, bleibt meist vage, welche Handlung und Äußerung sie mit welcher Begründung als extrem wahrnehmen – und welche nicht.

Dabei wäre es wichtig, die als extrem proklamierten Positionen und Handlungen als solche innerhalb der Gesellschaft zu verstehen. Hinter Aussagen, die für rechts-, links- oder religiös extrem erklärt werden, stehen Ideologien und Einstellungen, die theoretisch bei allen Menschen vorhanden sein können, fragmentarisch oder vollkommen. So ist es theoretisch vielleicht leicht, eine Position gegen Demokratie und Menschenrechte pauschal für extrem zu erklären. Die Realität ist allerdings komplexer. Die Grenzfällen zwischen der vermeintlichen Mitte und extremen Positionen sind nahezu unsichtbar. Deshalb verlagert es gesamtgesellschaftliche

Probleme an konstruierte Ränder, wenn etwas per se als extrem kategorisiert wird. Das ist eine problematische Strategie: Sie entlastet die vermeintlich eindeutige Mitte und führt zu einer verzerrten Wahrnehmung komplexer Realitäten und Mehrfachzugehörigkeiten in einer pluralen Gesellschaft.

Eine Reflexion über die Bedeutung der inflationär verwendeten Begriffe „extrem“, „extremistisch“ und „antidemokratisch“ scheint notwendig, um in der Arbeit mit Jugendlichen eine zuschreibungssensible Ansprache zu finden. Außerdem braucht es eine differenzierte Wahrnehmung, denn hinter den als extrem wahrgenommenen Äußerungen muss sich nicht zwangsläufig eine antidemokratische Haltung verbergen. Gerade in Zeiten der Identitätsfindung und Adoleszenz erproben Jugendliche neue Wege und Ideen. Tätigen sie menschenfeindliche Aussagen, müssen diese verurteilt, gleichzeitig aber die Motivation dahinter ermittelt werden. Oft verbirgt sich hinter den Worten gerade keine gefestigte Haltung – und die Jugendlichen bleiben veränderungsfähig.

Saba-Nur Cheema, Leiterin Pädagogische Programme und Projekte



Radikalisierung und Diskriminierung

Mit verschiedenen Angeboten für Jugendliche und Pädagog*innen unterstützen und beraten wir im Umgang mit menschenfeindlichen Äußerungen und Handlungen im pädagogischen Alltag. Dabei kann es um jegliche Form(en) antidemokratischer Haltungen gehen – zum Beispiel solche, die im Kontext von religiös begründeten Ideologien auftreten. Mit Unterstützung des Frankfurter Jugend- und Sozialamts.



Die Welt steht Comic

Comics gelten immer noch als banal. Dabei ermöglichen sie einen popkulturellen Zugang zu Geschichte und Gegenwart, der in der Arbeit mit Jugendlichen wichtig ist.

Die Marvel-Reihe zu X-Men, die Batman-Trilogie oder Hellboy: Aufwändige Verfilmungen haben dem Medium Comic seit den frühen 2000er Jahren mehr Raum eingeräumt. Mit der wachsenden Beliebtheit und Akzeptanz von Graphic Novels sind Comics inzwischen sogar Thema des Feuilletons. Dennoch ist die weitläufige Meinung noch immer eine andere: Comics simplifizieren, vereinfachen, banalisieren, sind nur was für Kinder oder Nerds. Der alte Streit Hochkultur vs. Popkultur hält mit diesen Argumenten bis heute an.

Kann also funktionieren, was die Bildungsstätte Anne Frank zuletzt versucht hat? Die Einrichtung hat dem Comic 2017 auf mehrfache Weise Platz eingeräumt. Ein Fazit.

Den Anfang machte die Ausstellung „Holocaust im Comic“. Im Mittelpunkt standen Comics, die sich an der Repräsentation des Unsagbaren und Singulären versuchten. Immer wieder wurde die Frage gestellt, ob dieses Medium denn dem Thema gerecht werden könne. Die Ernsthaftigkeit von Comics wurde also wieder in Frage gestellt.



Dabei machte die Ausstellung deutlich: Es geht um Vermittlung, ja, aber auch um Verarbeitung. Prominentestes Beispiel hierfür ist „Maus“. In diesem Comic setzt sich Art Spiegelman mit seiner Familiengeschichte auseinander. Er rekonstruiert die Annäherung an die Geschichte seines Vaters, eines Holocaust-Überlebenden, und setzt dabei auch auf das Mittel der Verfremdung: Die Jüdinnen und Juden werden als Mäuse, die Nazis als Katzen dargestellt.



Abstrakte Zahlen und Fakten erleichtern die Annäherung an das Thema Shoa nicht unbedingt – das ist keine neue Erkenntnis. Comics erzählen oft sehr persönliche Schicksale. Sei es über den deutschen Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer, den jüdischen Boxer Hertzko Haft oder eben „Maus“. Die Erzählungen in starken Bildern und den Lücken dazwischen, die Comics notwendigerweise lassen, öffnen den Raum für Fragen. Bewusst oder unbewusst wird aus dem Pausieren und Springen ein Nachdenken, eine Auseinandersetzung.

Comic leistet einen popkulturellen Zugang zu Holocaust und Nationalsozialismus – und genau hier liegt seine Stärke für die Auseinandersetzung von Jugendlichen mit dem Thema.

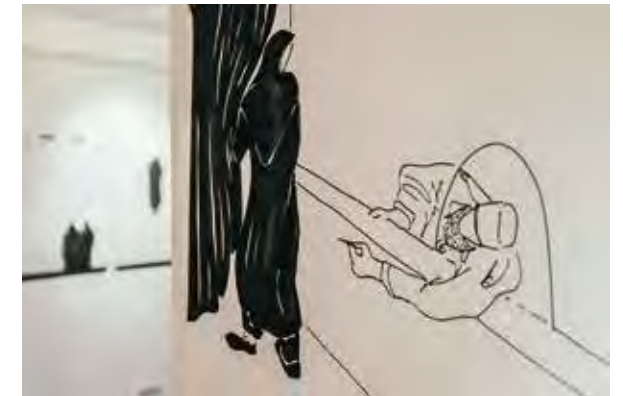
Comics waren immer gesellschaftlich relevant
Vom Beginn der Comics an spielt die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Themen eine immense Rolle. So ist Captain America nicht nur ein Superheld mit der US-amerikanischen Flagge als Symbol. Seine Erfinder Joe Simon und Jack Kirby, amerikanische Juden, entwarfen ihn 1941 bewusst als Gegenbild zum „arischen“ Idealtypus der Nationalsozialisten.



Ein weiteres Beispiel ist Fantomas. Er ist der Schurke, der in der Doppelausstellung „Umkämpfte Erinnerungen“ der Bildungsstätte an der Seite von Parastou Forouhar gegen die Auslöschung der Erinnerung kämpft. Fantomas entstand im frühen 20. Jahrhundert als Rebell, der sich gegen die Industrialisierung und das Establishment auflehnt. Die gesellschaftlichen Konflikte der Zeit spiegeln sich in seiner Person wieder, sodass Sympathie und Antipathie mit dem Schurken-Superhelden immer in einem ambivalenten Verhältnis bleiben. Vielleicht kämpft er mit den falschen Mitteln für die gute Sache? Es bleibt unklar.

Jedenfalls unterstützt der fiktive Held in der Ausstellung die reale Superheldin, die iranisch-deutsche Künstlerin Parastou Forouhar, bei ihrem Kampf um Aufklärung der Morde an ihren Eltern – prominente Oppositionspolitiker*innen, die Ende der neunziger Jahre während einer Welle solcher politischer Verbrechen in Iran umgebracht worden waren. Mit ihrem zeichnerischen Essay „Schuhe ausziehen“, den Forouhar eigens für die Bildungsstätte als Ausstellung adaptierte, setzt sie Akzente gegen das Vergessen, gegen politische Gewalt und staatliche Willkür in Iran.

Wir erleben in der Geschichte zwei Frauen, die um Auskunft begehren und zum Warten verdammt sind – in Amtsstuben, auf Fluren, vor Schaltern. Der Tschador wird ihnen aufgezwungen, der Stoff des Schleiers wiegt schwer. Und von den Soldaten kommt bloß der immer gleiche Appell: „Schuhe ausziehen.“ Strich für Strich begegnen wir den Machttechniken des iranischen Regimes, das die Menschenrechte auf ganz unterschiedliche Weise mit Füßen tritt.



Reflexion des weißen malestream-Comics nötig
Comic orientiert sich an gesellschaftlichen Realitäten und schafft politische Räume. Räume der Auseinandersetzung, des Abarbeitens an Problemen, die der Alltag mit sich bringt. Unzweifelhaft ein Tool, das sich bestens in der politischen Bildungsarbeit einsetzen lässt. Mit dem bundesweiten Comicwettbewerb „Welt retten“ hat die Bildungsstätte Anne Frank in diesem Jahr nach Superheld*innen von heute gesucht. Dabei ging es auch um eine kritische Reflexion und Revision des besonders populären, weißen malestream-Comics, der vorwiegend auf muskelbeackte Kerle der Mehrheitsgesellschaft setzt. Das Ausloten der utopischen Potentiale einer intersektionalen Perspektive auf Comics durfte dabei mitdiskutiert werden.

Comics verhandeln immer Utopien von Gut und Böse, des Abwägens von Entscheidungen. Meist siegt das Gute, aber erst nach einem schweren Kampf und manche Kämpfe mögen auch verloren gehen. Von Superheld*innen werden immer wieder moralische Entscheidungen abverlangt. Diese Impulse können in der Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart als Beispiele dienen.

Céline Wendelgaß, Pädagogisches Team

Hihi, Hitler

Ist der Hitler-Witz noch zu retten? Zwei ernstgemeinte Fragen an den Chef-Satiriker LEO FISCHER.

Hitler Sells: Was ist mit den Deutschen und ihrem Hitler-Fimmel los?

Man ist natürlich stolz; er ist halt eben der letzte Deutsche, der die Weltgeschichte noch einigermaßen mitgeprägt hat. Und dann ist er auch eine Figur, an der man sein tadellos sauberes Gewissen trainieren kann: Je böser Hitler, desto lieber Deutschland heute.

Wenn neue, hippe Rechte subversiv-ironische Grenzüberschreitungen mit Hitler- und Nazi-Bezügen unternehmen: Wo sehen Sie die Zukunft des Hitler-Witzes?

Wenn sich Rechte wieder offen zu Hitler bekennen, ist das natürlich zu begrüßen, denn dann kann man sie viel leichter erkennen. Wenn man heute gute Witze über Hitler machen will, sollte man sie so machen, dass sie einerseits das Gedenken und die sogenannte Vergangenheitsbewältigung ein bisschen vermiesen, gleichzeitig aber auch nicht von den Rechten appropriert werden können.

Die Fragen stellte Eva Berendsen.



„Gerne wild drauf los den individuellen Kosmos entwickeln“

Fantastische Wesen, wehende Capes, Alltagsheld*innen und Superkarotten vs. Umweltverschmutzung, Trump und Ausgrenzung: Mehr als 400 Superheld*innen für heute sind im Rahmen des bundesweiten Comicwettbewerbs „Welt retten“ entstanden. Die Frankfurter Zeichnerin und Jury-Mitglied ANKE KÜHL über Do's und Dont's im Comicfach.

*Als Comiczeichner*in hat man natürlich einen ganz bestimmten Blick auf Comics anderer Zeichner*innen. Was ist Ihnen bei der Bewertung aufgefallen?*

Ich bin an den Comics hängengeblieben, bei denen ich das Gefühl hatte, dass der/die Zeichner*in etwas möglichst Eigenes geschaffen hat. Manchmal blitzt das in der Zeichnung auf, manchmal im Text. Und in besonderen Glücksfällen auf beiden Ebenen. Wenn ich den Eindruck hatte, hier wird zu sehr darüber spekuliert, was erwartet wird, so stark, dass die Persönlichkeit des Autors dahinter komplett verschwindet, habe ich das Werk aussortiert.

Dass die jungen Zeichner*innen sich teilweise sichtbar an Vorbildern orientieren, ist ja ganz klar und auch in Ordnung. Umso mehr beeindrucken mich aber diejenigen, die es schon schaffen, sich von diesen zu lösen oder sich erst gar nicht damit aufhalten, jemanden oder einen bestimmten Stil zu kopieren, sondern wild drauflos ihren ganz individuellen Kosmos entwickeln.

*Neben dem zeichnerischen Können, der Anordnung der Comics und der Erzählstruktur geht es bei Comic ja auch immer um Inhalt. Worum ging es den Teilnehmer*innen des Wettbewerbs?*

Mich hat die thematische Vielfalt überrascht. Vom Klischee-Superhelden mit wehendem Cape, der für das Gute kämpft über politisch motivierte Held*innen die aktuelle Themen anpacken, wie Umweltschutz, Flüchtlinge, Trump oder Sexismus, über den Alltagshelden, der durch kleine Taten Großes leistet bis hin zu fantastischen Wesen und Superkarotten war alles dabei. Aufgefallen ist mir, dass es einige Arbeiten gab, die bewusst einen Bezug zur Bildungsstätte hergestellt haben und Anne Frank in irgendeiner Form in ihre Geschichten mit einbezogen haben. Es war schön, zu sehen, wie viele junge Menschen politisch bewegt sind.

Und Ihr persönlicher Liebling?

Mein persönlicher Liebling ist Finn Taylor. Der Elfjährige hat mit „Der Blitz“ ein wunderbares Blatt hingelegt. Sehr witzig, gespickt mit ungewöhnlichen und skurrilen Ideen, herrlich unverkrampft komponiert. Hier ist der kleine Künstler ganz in seiner eigenwillig ersponnenen Welt. Ich liebe seinen lebendigen Zeichenstil und hoffe, er kann sich den erhalten und weiterentwickeln. Nebenbei wird mit ironisch-kritischem Blick eine reale politische Problematik thematisiert: fehlende Empathie für und mangelnde Integration von Bevölkerungsgruppen. Souverän wird diese in einen außerirdischen bzw. kosmischen Kontext übertragen: Die gesamte Erdenmenschheit findet sich auf einem anderen Planeten selbst in der Situation wieder, ausgegrenzt und benachteiligt zu werden. Alle Achtung!

Die Fragen stellte Céline Wendelgaß.



Ausschnitt aus »Der Blitz« von Finn Taylor



»A Woman Driver« von Janne Marie Dauer

„Welt retten!“

Nach den erfolgreichen Jugendkunstwettbewerben „Anne Frank Heute“ (2014), „Mensch, Du hast Recht(e)!“ (2015) und „flucht.punkt“ (2016) wurde auch der Comicwettbewerb 2017 wieder maßgeblich durch die Unterstützung von William Blair & Company ermöglicht.



„Damals war ich noch nicht einmal geboren!“

**Wer ist schuld am Jugoslawienkonflikt?
Eine Annäherung an die jüngere Zeitgeschichte,
die keine einfachen Antworten bringt.**

Serbien, Milosevic, Kosovo-Konflikt, Srebrenica, Jugoslawienkriege – von all dem habe ich schon einmal gehört. Aber als die Dinge passiert sind, die die Begriffe und Orte bekannt gemacht haben, war ich noch nicht einmal geboren.

Seit September 2016 arbeite ich gemeinsam mit einer weiteren Freiwilligen in der Bildungsstätte Anne Frank. Wir waren an „In Retrospect“ beteiligt, einem Projekt der Europäischen Union (EU) mit Partnern in Griechenland, Mazedonien, Serbien, Belgien, Slowenien und Bosnien und Herzegowina. Die Aufgabe hörte sich cool an: Es sollte um die Jugoslawienkriege gehen, um die Rolle der Medien und die Rolle der EU.

Wir merkten schnell, dass das für uns alles neu ist. Also haben wir ganz vorne angefangen und versucht, das Netz von Akteur*innen und Geschehnissen zu entwirren. Da wir keine eigenen Erinnerungen an die Zeit haben, konnten wir uns ohne vorgefasste Meinung dem Thema nähern. Je länger wir das taten, desto häufiger fragten wir uns: Warum spielen diese Kriege und Konflikte heute fast gar keine Rolle mehr? Schließlich hatten sie Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft in Deutschland und auf das Selbstverständnis der EU. Doch selbst unsere Eltern oder Kolleg*innen, die die Geschehnisse als junge Erwachsene miterlebt hatten, konnten uns von nicht viel mehr berichten als ihren persönlichen Erfahrungen und Gefühlen.

Woher bekommen wir also Fakten und Informationen? Wo finden wir vertrauenswürdige Quellen?

Wöchentlich pilgerten wir in die Deutsche Nationalbibliothek und spulten Mikrofilme vor und zurück, auf denen die Ausgaben von Zeitungen wie der Süddeutschen und der FAZ von 1993 bis 2000 archiviert waren. Bis Ende März hatten wir an die 800 Artikel über die Ereignisse gesammelt.

Außerdem haben wir für einen Dokumentarfilm Interviews mit Menschen geführt, die die Jugoslawien-Konflikte in ihren jungen Jahren miterlebt hatten. Von einem „moralisches Dilemma“ spricht einer der Interviewten, wenn er sich an die Bemühungen von Politik und Medien erinnert, die Nato-Intervention 1999 zu rechtfertigen. In Deutschland sei die Debatte stark durch geschichtspolitische Bezüge zur NS-Zeit und zum Zweiten Weltkrieg bestimmt gewesen. Nachträglich sei er sich sicher, so der Zeitzeuge, dass die Intervention vor allem ethisch, wegen des Leids der Zivilbevölkerung, falsch gewesen sei – doch „die Tatsache, dass der Nationalsozialismus nur militärisch besiegt werden konnte, ist so offensichtlich, dass es schon richtig ist, sich zu überlegen, ob man nicht langfristig Konsequenzen für die jeweilige Gegenwart daraus ableiten muss.“

Es bleibt also kompliziert. Wir fanden kaum Antworten, dafür aber immer neue Fragen: Warum ist das so passiert? Wer ist verantwortlich? Was hätte man anders machen können? Das Wichtigste, das haben wir in diesem halben Jahr gemerkt, ist unablässiges Fragen. Und wir haben uns von der Illusion verabschiedet, man könne eine abschließende und „wahre“ Bewertung der Ereignisse in Kriegen, Krisen und Konflikten wie denen in Jugoslawien finden.

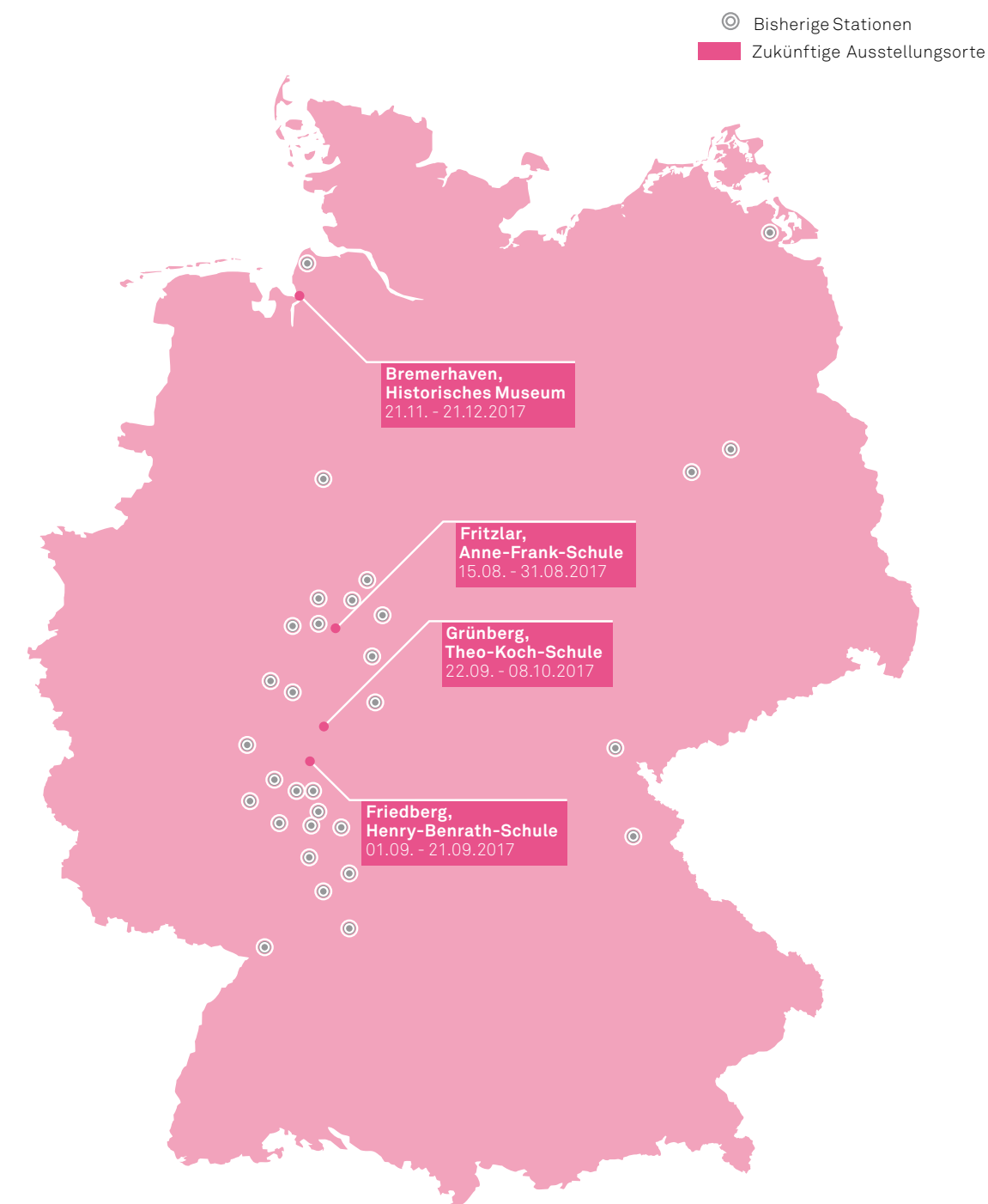
*Johanna Mack, Bundesfreiwilligendienstleistende
und Jahrgang 1998*



InRetrospect

Das Projekt wurde gefördert durch die Europäische Kommission im Rahmen des Großprojektes „Europe for citizens“. Vertreten waren Organisationen aus Deutschland, Griechenland, Belgien, Serbien, Bosnien, Mazedonien und Slowenien.

Es rollt: Das Mobile Lernlabor „Mensch, Du hast Recht(e)!“



Immer on tour: In ganz Deutschland ist das Mobile Lernlabor der Bildungsstätte Anne Frank seit 2015 unterwegs, um Jugendliche für Rassismus und Diskriminierung zu sensibilisieren. Es vermittelt Wissen nicht von oben herab, sondern aktiviert seine jungen Besucher*innen, sich mit gesellschaftspolitischen Fragen auseinander zu setzen. In welcher Gesellschaft willst Du leben?

Im Netz: Mit dem Hashtag **#duhastrechte** posten Besucher*innen auf Facebook, Instagram, Twitter & Co. Kommentare, Fragen, Anregungen und Bilder aus dem Lernlabor.

bs-anne-frank.de/ausstellungen/mobiles-lernlabor-mensch-du-hast-rechte/

#letsmaketheworldabetterplaceagain

Mit dem Fortbildungsprogramm „Mach Dich zum Profi“ qualifiziert die Bildungsstätte Anne Frank jedes Jahr Jugendliche und junge Erwachsene für die politische Bildungsarbeit. Vier der neuen Profis erzählen, was sie motiviert.

„Ich mache mich zum Profi...“

„Um der nächsten Generation als Vorbild zu fungieren – durch meine Sichtbarkeit als Schwarze Frau in politisierten Räumen.“

#MakeBildungsarbeitGreatAgain
#futuregenerationsnothingyoucantdo
#letsmaketheworldabetterplaceagain

Ariam Hadish, 26 Jahre



„Weil ich nicht in einer Gesellschaft leben möchte, in der Rassismus, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung tagtäglich auftreten. Mir ist es wichtig, dass sich besonders junge Menschen mit diesen Verletzungen auseinandersetzen und ermutigt werden, gegen diese vorzugehen. Dafür möchte ich mich einsetzen.“

Johannes Eder, 29 Jahre



„Weil ich Rassismus und Diskriminierung nicht länger als Normalzustand hinnehmen möchte. Daher ist es mir ein Anliegen, ein Bewusstsein für Ausgrenzung und gewaltvollen Sprachgebrauch zu schaffen und Menschen zu ermutigen, sich aktiv für **Respekt** und **Gleichberechtigung** einzusetzen.“

Merle Kondua, 19 Jahre



„Weil ich in einer Gesellschaft leben will, in der „Ismen“ nicht die Norm darstellen. Als Profi kann ich einen ganz persönlichen Beitrag dazu leisten!“

#openyourmind
#changeyourperspective
#beaware

Ani Mizrak, 22 Jahre



Das Ausbildungsprogramm „**Mach dich zum Profi**“ wird vom Europäischen Sozialfonds finanziert. Im Spätsommer 2018 geht es in die nächste Runde.

„Juden sind alle Mörder“

Die Gesellschaft macht beim Umgang mit Antisemitismus viel falsch. In den Schulen hat das besonders schlimme Folgen.

„Juden sind alle Mörder“ soll ein Mitschüler zu ihm gesagt haben: Ein jüdischer Junge wird an einer Berliner Schule so lange antisemitisch beleidigt, bedroht und körperlich angegriffen, bis er die Schule verlässt. Das sorgte Anfang April 2017 für Aufsehen – auch deshalb, weil die Einrichtung zum bundesweiten Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gehört. Dass es trotzdem zu dem Fall kommen konnte, erzählt viel darüber, was wir als Gesellschaft beim Umgang mit Antisemitismus falsch machen.

Ein paar Wochen nach Bekanntwerden des Vorfalls hat der Expert*innenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestag turnusmäßig seinen Bericht vorgelegt. Die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft, heißt es darin, nehme Antisemitismus nicht als Problem wahr. Gleichzeitig aber „sehen sich Jüdinnen und Juden einer wachsenden Bedrohung ausgesetzt“. Obwohl Antisemitismus ein Problem der gesamten Gesellschaft sei, werde es oft als eines „der anderen“ wahrgenommen, aktuell vor allem als eines „der Muslime“.

Diese Auslagerung auf bestimmte Gruppen ist für die Mehrheit der Menschen enorm entlastend – allerdings mehrfach problematisch: Während einige Menschen unter Generalverdacht gestellt werden, geraten nicht nur rechte Akteur*innen aus dem Blick, die für die meisten antisemitischen Gewalttaten verantwortlich sind. Zudem wird auch eine Reflexion verhindert über die eigene Involviertheit in den Antisemitismus der Mehrheitsgesellschaft.

Genau das, die eigene Rolle zu unterschätzen, wird zunehmend leichter. Antisemitismus kommt aktuell zum Beispiel besonders häufig als vermeintliche Israel-Kritik daher. Das legen die Ergebnisse einer

Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2016 nahe. 40 Prozent der Befragten stimmten demnach der Aussage zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“. 27 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass der Staat Israel heute mit den Palästinensern etwas Vergleichbares mache wie die Nazis im Dritten Reich mit den Juden.

Was also tun, wenn sich diese Stimmung an Schulen in Hass und Ausgrenzung gegenüber Juden und Jüdinnen niederschlägt? Der Expert*innenkreis des Bundestages verlangt die dauerhafte Förderung von Prävention. Das ist gut und wichtig: Es gilt, aktiv ein Klima der Anerkennung und Akzeptanz an der Schule zu fördern. Schulen, die dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ beitreten, formulieren die Absicht, das tun zu wollen. An dieser Stelle ist die Berliner „Courage“-Schule also an den eigenen Ansprüchen gescheitert: Antisemitismus zu bekämpfen bedeutet auch, sich selbst nicht grundsätzlich davon frei zu sprechen.

Darüber hinaus müssen Schulen lernen, wie sie mit tatsächlichen Vorfällen umgehen. Wo können Betroffene über ihre Erfahrungen sprechen? Wie werden ihre Schilderungen nicht marginalisiert? Oberstes Ziel muss dabei der Schutz der Betroffenen sein. Das bedeutet: Gibt es antisemitische Äußerungen, ist erst einmal egal, welche Motivation dahinter steht – die Angriffe müssen sofort und mit einer ordentlichen Begründung gestoppt werden. Helfen können dabei gemeinsam mit Schüler*innen entwickelte Regeln zum Umgang miteinander.

Ist etwas passiert, ist auch die Nachsorge entscheidend. Die Verantwortlichen in der Schule müssen sich mit der/den diskriminierenden Person(en) rückblickend genau auseinandersetzen. Wie genau verhalten sie sich und warum? Die Betroffenen müssen natürlich weiter unterstützt werden – und dabei unbedingt selbst darüber entscheiden können, wie genau.



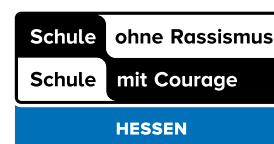
Schule ohne Rassismus – das bedeutet auch Arbeit. Jugendliche beim hessischen Landestreffen in Frankfurt.

Bei all dem geschieht es noch viel zu selten, dass Schulen mit Beratungsstellen zusammenarbeiten, die sich mit Diskriminierung auskennen. Auch im Fall der Berliner Schule hätte das helfen können.

Oliver Fassing, hessischer Landeskoordinator des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Die Bildungsstätte Anne Frank hat seit 2016 die Landeskoordination des bundesweit größten Schulnetzwerks übernommen, die seit 2017 vom Hessischen Kultusministerium gefördert wird. Schüler*innen und Lehrkräfte von Courage-Schulen setzen sich aktiv gegen Diskriminierung an ihrer Schule ein. Die Bildungsstätte unterstützt und begleitet sie bei der Umsetzung ihrer Projekte.
bs-anne-frank.de/schuleohne Rassismus



Challenging Postcolonial

Antisemitismus ist der blinde Fleck postkolonialer Rassismuskritik.

Seit dem linguistic turn in den Sozialwissenschaften, der Fokussierung auf sprachliche Strukturen, steht die akademische Rassismusforschung stark unter dem Eindruck der sogenannten postkolonialen Studien. Der Zusammenbruch der großen westlichen Imperien, die Reduktion ihres Herrschaftsbereichs, ließen Menschen in den ehemaligen Kolonien zurück, deren Lebenspraxis bis dato in maßgeblichen Bereichen fremdbestimmt wurde. Kulturelle Zuschreibungen und Konstruktionen, denen sie ausgesetzt waren, haben dabei ihre Spuren hinterlassen, eine Art Prägung durch den westlichen Blick. Seit den 1980er Jahren betrachteten Akademiker*innen die Betonung des hervorbringenden Charakters sprachlicher Strukturen vermehrt als geeignetes theoretisches Rüstzeug, diese Spuren ans Licht zu bringen und durch etwas Neues, Eigenes ersetzen zu können.

Die unter der Sammelbezeichnung postkoloniale Studien vereinten Ansätze sind bestrebt, einer Historisierung der Kolonialherrschaft entgegenzuwirken, indem sie ihr Überdauern untersuchen, also ihre Nachwirkung im heutigen Bewusstsein. Sie zielen darauf ab, den Fortbestand kolonialrassistischer Argumentationsstrukturen zu kritisieren als Legitimationsgrundlage der Beherrschung und Erniedrigung fremdgemachter Anderer. Prozesse des Fremdmachens, des Othering, in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit Rassismus zu stellen, fordert etwa die ‚klassische‘ rassismuskritische Einstellungsforschung heraus, welche vielfach eben jener Dichotomie von In- und Outgroup das Wort redet.

Bei aller Sensibilität, welche die postkoloniale Theorie gegenüber verschiedenen Formen des Rassismus entwickelt hat, scheint sie jedoch oftmals Schwierigkeiten zu haben, Antisemitismus in den Blick zu nehmen. Mehr noch lässt sich mitunter verzeichnen, dass sie seiner Verbreitung in den eigenen aktivistischen und akademischen Zusammenhängen Vorschub leistet. Und das hat vermutlich etwas mit analytischen Fehlschlüssen zu tun.

Antisemitismus unterscheidet sich gravierend vom Rassismus

Die postkoloniale Theorie richtet sich vornehmlich gegen (tradierte) kolonialrassistische Konstruktionen. Dem kolonialen Denken wohnt eine Dichotomisierung inne, in welchem die Eigengruppe aus der Abwertung einer homogenisierten Fremdgruppe geformt wird. Antisemitismus gesellschaftstheoretisch verstanden lässt sich aber nur teilweise mit der Konstruktion einer entwerteten Gruppe begreifen. Vielmehr richtet sich der Antisemitismus historisch wie aktuell in seiner Wut gegen die Bedrohung der Dichotomisierung, gegen die Ambivalenz, welche die manichäische Aufteilung der Welt in Gut und Böse verunsichert. Dies wird etwa deutlich in der Betrachtung der widerstreitenden Motive, welche im antisemitischen Bewusstsein aufscheinen: ‚Der Jude‘ ist hier einerseits Weltbeherrscher und Parasit, lüster und verklemmt, bolschewistisch und finanzkapitalistisch, patriarchal und feminin, Imperialist und Marionette, vergeistigt und triebhaft. Es ist die eigene Ambivalenz, die subjektive Unaushaltbarkeit der eigenen Widersprüche, die im Antisemitismus projiziert wird. Die Projektion gesellschaftlicher wie innerpsychischer Widersprüche auf die

konkrete Träger*innengruppe der Jüdinnen und Juden steht im Zeichen der Komplexitätsreduktion, der Vereinfachung der Welt zugunsten ihrer vermeintlichen Beherrschbarkeit. Im Antisemitismus erscheinen die Jüdinnen und Juden als Verkörperung der Unsicherheit, der Zumutungen moderner Verhältnisse, und treten so selbst ihren Verfolgern als Verfolger auf.

In der Konsequenz unterscheidet sich Antisemitismus gravierend vom Rassismus. Während im Rassismus eher eine ethnopluralistische Teilung der Welt angestrebt wird, die vermeintlich unterlegenen Völker mit mörderischer Gewalt an den ihnen ‚angestammten Platz‘ verwiesen und beherrscht werden, genügt sich der Antisemitismus der Moderne nicht länger in der Ghettoisierung von Jüdinnen und Juden, sondern zielt auf ihre vollständige Vernichtung. ‚Der Jude‘ irritiert die eigene Identität, welche durch den kolonialrassistisch konstruierten Anderen eher gefestigt wird. Diese Differenz von Rassismus und Antisemitismus im Bewusstsein zu halten wird Aufgabe der postkolonialen Studien und auch der politischen Bildungsarbeit sein, will sie Antisemitismus nicht reproduzieren.

Meron Mendel und Tom David Uhlig

Der Text erscheint in einer Langfassung in dem Sammelband: „*Fragiler Konsens: Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft*“ von Astrid Messerschmidt und Meron Mendel. Das Buch bietet neue kritische Ansätze in der Analyse von und für den Umgang mit neuen Formen von Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft.



Politik statt Recht

Auf einen rechtlichen Umgang mit Populismus werden große Hoffnungen gesetzt. Zu Recht?

Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit ist in Verruf geraten. Hinter seinem Banner verschanzen sich derzeit die Sarrazins, Gaulands, Le Pens und Trumps dieser Welt, um ihrem Hass auf Minderheiten eine verfassungsrechtliche Legitimation zu verleihen. Dabei ist die Meinungsfreiheit historisch aus der Kritik an Herrschafts- und Machtverhältnissen entstanden, die die Akteur*innen der alten und der neuen Rechten gerade nicht abschaffen, sondern in ihrem völkischen Sinne restaurieren wollen. In der Öffentlichkeit wird deshalb aufgeregt darüber diskutiert, wie man mit Hassreden und Fake-News umgehen soll. Bundesjustizminister Heiko Maas hat jüngst einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der die Betreiber von Sozialen Medien wie Facebook dazu verpflichten soll, bestimmte rechtswidrige Inhalte zu löschen, sonst drohen zum Teil hohe Bußgelder. Faktisch könnte das Vorhaben aber darauf hinauslaufen, dass künftig private Akteure darüber bestimmen, welche Meinungen in Sozialen Medien als rechtskonform gelten und welche gelöscht werden.

Dabei hat das Bundesverfassungsgericht in seiner langen Rechtsprechung zur Meinungsfreiheit immer wieder ihren konstitutiven Charakter für den demokratischen Prozess betont. Unzulässig sei allenfalls eine Schmähkritik gegenüber Personen, wenn die Aussagen keinerlei Bezug mehr zu einer sachlichen Auseinandersetzung haben. Doch schon in der Frühphase der Bundesrepublik kritisierte der Verfassungsrechtler Helmut Ridder, dass Karlsruhe selber dazu beigetragen habe, die freie Rede durch das Recht einzuschränken, indem sich die Meinungsfreiheit am Persönlichkeitsrecht und an den allgemeinen Gesetzen zu messen habe. Dadurch wurden die Gerichte zu einer Arena, wo über die Unzulässigkeit von Meinungen gestritten wird. Gerade in jüngster Zeit häufen sich entsprechende Verfahren.

Dass immer wieder aufs Neue die Grenzen der Meinungsfreiheit vor Gericht verhandelt werden, kann jedoch dazu führen, dass eine klare politische Auseinandersetzung mit Rassist*innen und Antisemit*innen verunmöglicht wird. Beispielhaft hierfür ist das Verfahren der Publizistin Jutta Ditfurth gegen Jürgen Elsässer, Chefredakteur des verschwörungsideologischen Compact-Magazins. Ditfurth hatte Elsässer in der Sendung Kulturzeit als „glühenden Antisemiten“ bezeichnet und hierfür reichlich

Argumente geliefert. Der klagte auf Unterlassung und gewann tatsächlich vor dem Landgericht München. Die zuständige Richterin hatte während der mündlichen Verhandlung gesagt: „Ein glühender Antisemit in Deutschland ist jemand, der mit Überzeugung sich antisemitisch äußert, mit einer Überzeugung, die das Dritte Reich nicht verurteilt und ist nicht losgelöst von 1933 bis 45 zu betrachten vor dem Hintergrund der Geschichte.“ Das Gericht verkennt nicht nur neuere Formen des Antisemitismus, z.B. israelbezogenen Antisemitismus, sondern es beschränkt auch geradezu die politische Auseinandersetzung mit den rechten Akteur*innen.

Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit sollte politische Diskursräume schaffen – nicht mehr und nicht weniger. Dass die Verteidiger von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten oft nicht in der Lage sind, ihre politischen Akteur*innen mit politischen Argumenten zu marginalisieren, spricht nicht gegen die Meinungsfreiheit, sondern leider gegen den aktuell herrschenden politischen Diskurs.

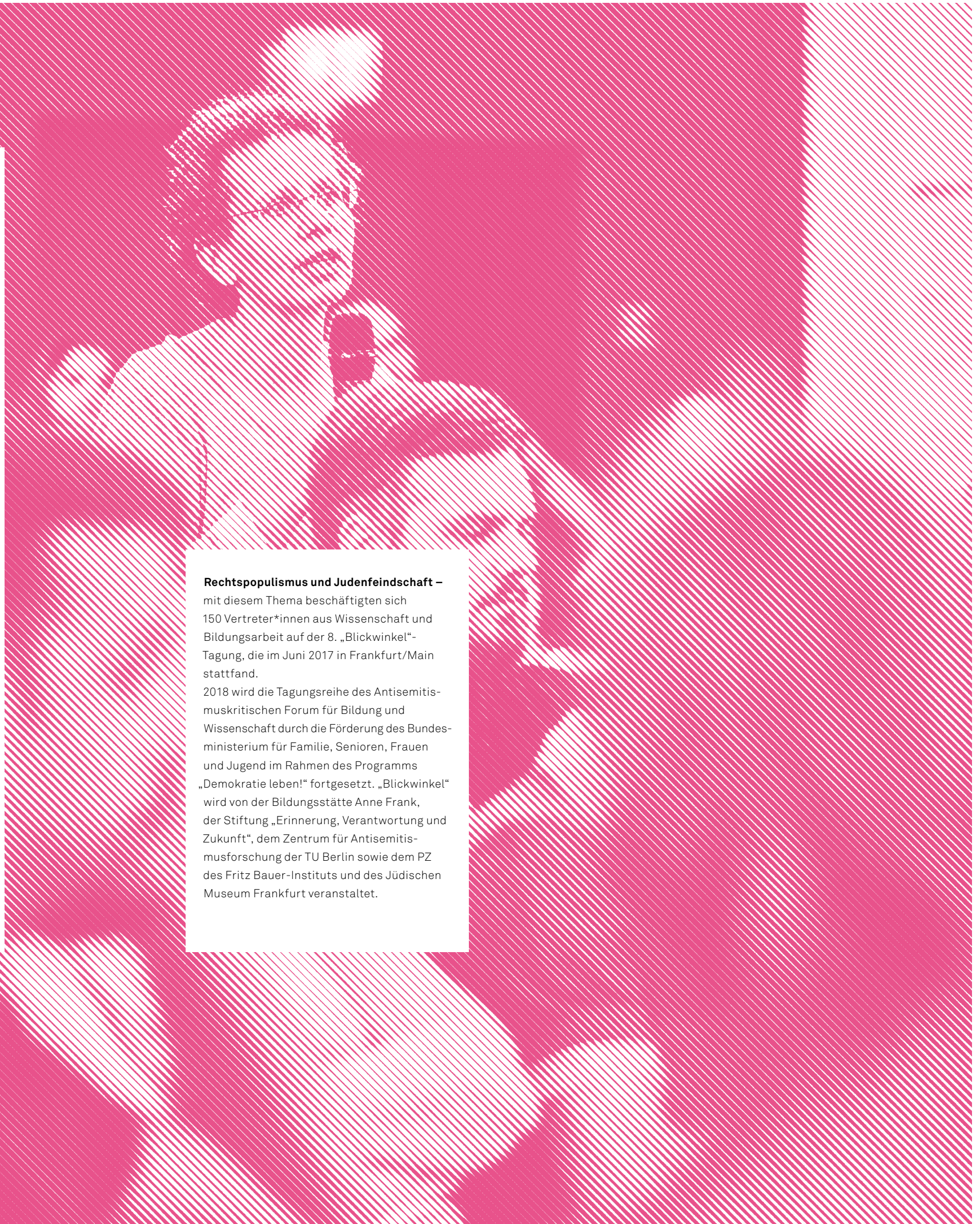
Kommentar von Max Pichl, Rechtswissenschaftler an der Goethe-Universität Frankfurt



Rechtspopulismus und Judenfeindschaft –

mit diesem Thema beschäftigten sich 150 Vertreter*innen aus Wissenschaft und Bildungsarbeit auf der 8. „Blickwinkel“-Tagung, die im Juni 2017 in Frankfurt/Main stattfand.

2018 wird die Tagungsreihe des Antisemitismuskritischen Forum für Bildung und Wissenschaft durch die Förderung des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ fortgesetzt. „Blickwinkel“ wird von der Bildungsstätte Anne Frank, der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin sowie dem PZ des Fritz Bauer-Instituts und des Jüdischen Museum Frankfurt veranstaltet.



Gedenken und Engagieren

Der erste Anne Frank-Tag der Stadt Frankfurt war ein voller Erfolg. Wie es dazu kam – ein Gedächtnisprotokoll von MERON MENDEL

In Frankfurt war Anne Frank lange kein Thema. Als ihr Geburtshaus am Marbachweg zum Verkauf stand, hat die Stadt die Chance verstreichen lassen, es zu kaufen. Anliegen der Bildungsstätte war schon immer, die lokale Verbindung zu Anne Frank stärker ins Bewusstsein zu bringen. Die Idee des Anne Frank-Tags hatte ich schon eine Weile im Kopf, um in Frankfurt, wo Anne Frank geboren wurde und ihre Vorfahren schon lange Zeit lebten, an die Geschichte von Judenhass, Verfolgung und Vernichtung im Nationalsozialismus zu erinnern, und sich außerdem mit aktuellen Fragen des Zusammenlebens in der Stadtgesellschaft auseinanderzusetzen.

Als der Vorschlag aufkam, Anne Frank posthum die Ehrenbürgerwürde der Stadt zu verleihen und das Telefon nicht mehr stillstand, weil zahlreiche Journalist*innen wissen wollten, was wir davon halten, da habe ich die Idee für einen Anne Frank-Tag eingebracht: Eine symbolische Ehrung schien mir nicht die geeignete Form, an Anne Frank zu erinnern. Nach unserer Erfahrung kann die aktive Aneignung der Geschichte vor allem dann gut gelingen, wenn sie mit den Lebensrealitäten von Menschen in unserer Gesellschaft heute verknüpft wird. Erfreulicherweise haben das die Stadtparlamentarier*innen im Römer ähnlich gesehen und fraktionsübergreifend beschlossen, jedes Jahr am 12. Juni einen Anne Frank-Tag zu veranstalten.

Zusammen mit dem Bildungs- und Kulturdezernat, verschiedenen Einrichtungen, städtischen Ämtern, Organisationen und Vereinen wie dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Evangelischen Kirche, dem Frankfurter Jugendring, dem Fritz Bauer Institut, der Jüdischen Gemeinde, dem Jüdischen Museum, der Katholischen Kirche und dem Rat der Religionen haben wir für den ersten Anne Frank-Tag ein vielfältiges Programm auf die Beine gestellt: mit Kunst, Musik, Theater, einem Stadtgang, Führungen durch die Westend-Synagoge und einem Podium zur Ikonisierung von Anne Frank heute, welches genau das Spannungsfeld zur Diskussion stellte, in dem wir uns mit diesem Ehrentag ja auch bewegen. Mehrere Tausend Menschen haben am ersten Anne Frank-Tag in Frankfurt/Main teilgenommen und auf unterschiedliche Weise ein Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit gesetzt.

Das Motto des ersten Anne Frank-Tages stammt von Anne Frank selbst, aus einer Kurzgeschichte der damals 14-Jährigen: „**Wie herrlich ist es, dass niemand eine Minute warten braucht, um damit zu beginnen, die Welt langsam zu ändern!**“ Wir möchten dieses Zitat heute als Aufruf an uns alle lesen, sich für eine bessere und gerechtere Gesellschaft einzusetzen. Aus unserer Sicht bietet der nun jährlich stattfindende Anne Frank-Tag eine großartige Chance, dass die Erinnerung an Anne Frank sich nicht in einem Gedenkritual vollzieht, sondern als Anlass genommen wird, sich immer wieder aufs Neue mit der Geschichte und den Inhalten des Tagebuchs zu beschäftigen.



„Künstler müssen sich zu politischen Fragen verhalten“

MATHIAS WEINFURTER und MAX BRÜCK haben für die Kunstaktion „korrekturen“ am ersten Anne Frank-Tag der Stadt Frankfurt ein Büro an das Mainufer platziert. Hier sprechen sie über Räume, Privilegien und die Messages von Kunst.

Ihnen geht es um eine Reflexion über Zugänge im öffentlichen Raum: Warum ist das Büro dafür der geeignete Ort?

Mathias Weinfurter: Ein Büro ist ein bis ins Detail durchregulierter Raum: selbst Papierformate sind genormt. Bürokratische Regeln haben große Macht, gleichzeitig sind bürokratische Prozesse von außen oft schwer durchschaubar.

Max Brück: Deshalb bieten wir Besucher*innen unserer Installation an, sich bürokratische Vorgänge anzueignen: Mittels bereitgestellter Formulare und Stempel können sie sich selbst oder anderen Räume in der Stadt reservieren – zu welchem Zweck sie wollen. Um die bürokratischen Prozesse noch greifbarer zu machen, haben wir uns für analoges Interieur und Werkzeuge wie Fax und Druckformular entschieden.

Die Installation steht an der Frankfurter Mainuferpromenade, also nicht in einem konventionellen Ausstellungsraum wie etwa einer Galerie. Warum?

M.W.: Diese Arbeit für den Anne Frank-Tag gehört in meinen Augen an einen frei zugänglichen Ort, weil die Auseinandersetzung mit ihr kein Lifestyle-Accessoire von Hochprivilegierten sein soll.

M.B.: Konventionelle Ausstellungsräume wirken auf viele Menschen ausgrenzend. Wir diskutieren viel über die Möglichkeiten, niemanden von unseren Arbeiten auszuschließen. Dabei halte ich es nicht immer für notwendig, dass Außenstehende eine Intervention unbedingt als Kunst wahrnehmen.

Es wird aktuell wieder viel darüber gestritten, inwiefern weiße männliche Künstler „schwarze“ Themen und die damit verbundenen Gewalterfahrungen behandeln können. Wie gehen Sie damit um?

M.B.: Mathias und ich haben uns bewusst entschieden, während des Aktionstages nicht als Protagonisten aufzutreten. Ich könnte mir nicht vorstellen, eine Büro-Performance zu machen. Das wäre gespielt. Ich habe zum Beispiel noch nie das menschenverachtende Prozedere eines Asylverfahrens durchlebt. Die Aktion bietet eine Infrastruktur, die keine Antworten gibt, sondern Fragen stellt.

M.W.: Die Installation soll auch eine Reflexion darüber fördern, aus welcher Perspektive die Besucher*innen handeln. Ich weiß, dass ich im Alltag sowie in kulturellen Strukturen von meiner privilegierten Stellung in der Gesellschaft profitiere. Das heißt, ich schulde weniger Privilegierten mindestens Sensibilität und Solidarität. Ich kann mir aber nicht anmaßen, ihre Situation exakt zu begreifen oder für sie zu sprechen.

Inwiefern kann Kunst eine Intervention sein?

M.B.: Kunst kann eine Intervention sein, wenn sie mit einer Öffentlichkeit kommuniziert.

M.W.: Künstlerische Auseinandersetzung kann als Teil gesamtultureller Zusammenhänge das gesellschaftliche Zusammenleben formen. Als Kulturschaffende sehe ich uns in einer unumgänglichen Verantwortung, uns zu politischen Fragen zu verhalten und im besten Fall zu positionieren.

Die Fragen stellten Robin Koss und Céline Wendelgaß.



korrekturen. Kunst für den öffentlichen Raum

Für „korrekturen“ hat die Partnerschaft für Demokratie Frankfurt zwölf Künstler*innen und Kollektive eingeladen, am Anne Frank-Tag mit ihren Installationen, Performances und Streetart in den öffentlichen Raum zu intervenieren und ein Zeichen gegen menschenfeindliche Haltungen zu setzen. Die Partnerschaft für Demokratie ist ein Kooperationsprojekt der Bildungsstätte Anne Frank und des Amts für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt. partnerschaft-demokratie-ffm.de



Neuerscheinungen

Meron Mendel / Astrid Messerschmidt (Hg.):
Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft, Campus 2017.
 Mit Beiträgen von u.a.: Marina Chernivsky, Saba-Nur Cheema, Verena Haug, Jan Lohl, Heike Radvan, Christian Staffa, Sebastian Winter.

Saba-Nur Cheema (Hrsg.):
(K)Eine Glaubensfrage – Neue Publikation zum Umgang mit Religiöser Vielfalt

„Dieses Heft sollte in vielen Lehrerzimmern und Jugendhäusern liegen und gelesen werden.“
 Stefan Toepfer, Frankfurter Allgemeine Zeitung

„Der Sammelband ist ein Grundlagenwerk für die Arbeit mit Studenten der Pädagogik in Seminaren“
 Prof. Dr. Harry Harun Behr, Goethe-Universität Frankfurt

Mit Beiträgen von u.a.: Marwan Abou-Taam, Pradeep Chakkarath, Saba-Nur Cheema, Khola Maryam Hübsch, Yasemin Shooman, Volker Ahmad Qasir.

Druckversion auf Anfrage. PDF zum Download:
bs-anne-frank.de/publikationen

Katharina Kunter / Meron Mendel (Hg.):
Der Völkermord an den Armeniern. Auftrag zu einer multiperspektivischen Erinnerungskultur in Deutschland.
 Im Erscheinen (Herbst/Winter 2017)
 Aschendorff-Verlag.



Aus dem Verein

Wir gratulieren

Im Oktober 2016 wurde TRUDE SIMONSOHN, Mitgründerin des Vereins der Bildungsstätte Anne Frank, Beiratsmitglied und engagierte Zeitzeugin, zur Ehrenbürgerin der Stadt Frankfurt ernannt. Bei der bewegenden Zeremonie in der Paulskirche würdigte Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) Trudes unermüdliches Eintreten für Humanität, Aufklärung und ihre kämpferische demokratische Gesinnung.



Trude Simonsohn

Einen Monat zuvor erhielt unser Beirats-Mitglied BETTINA VON BETHMANN für ihr „außergewöhnliches und facettenreiches Engagement im Sinne der Frankfurter Bürgergesellschaft“ die Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt.

Im Mai 2017 wurde EVA SZEPESEI, die auch für die Bildungsstätte Anne Frank zahlreiche Zeitzeugengespräche geführt hat, mit der Ehrenplakette der Stadt Frankfurt ausgezeichnet. Als Zeitzeugin habe sie „wertvolle Erinnerungsarbeit in Schulen, Kirchengemeinden oder vor Studierenden im Hinblick auf die Erziehung junger Menschen zu Toleranz, Mitmenschlichkeit und Weltoffenheit“ geleistet.

Wir trauern

Am 17. Mai 2017 ist die Widerstandskämpferin IRMGARD HEYDORN im Alter von 101 Jahren in Frankfurt gestorben. Heydorns Leben war geprägt vom Einsatz für Freiheit und Menschenrechte: Als Mitglied im Internationalen Sozialistischen Kampfbund war sie im Widerstand gegen die Nationalsozialisten aktiv, sie hat Aufklärungsarbeit geleistet, Flugblätter verteilt, Verfolgte des Regimes im Versteck und auf der Flucht unterstützt. Nach 1945 baute sie den Sozialistischen Studentenbund (SDS) mit auf, setzte sie sich gegen atomare Aufrüstung ein, engagierte sich bei Amnesty International und sprach immer wieder, oft mit ihrer Freundin Trude Simonsohn, als Zeitzeugin mit Schüler*innen über die Nazi-Zeit.

to be continued ...

Neues Modellprojekt zu Antisemitismus in der deutschen Linken

Im Fokus der Auseinandersetzung stehen die verkürzte Kapitalismuskritik in Teilen der politischen Linken, der Antiimperialismus der Häuserkampf-bewegung und der außerparlamentarischen Opposition sowie die Boykottaufrufe kultureller und wirtschaftlicher Waren aus Israel. Was bedeutet die Geschichte des antisemitischen Ressentiments für das Heute? Wie haben sich Argumentationsformen und Gefühle tradiert – und wie ist ihnen bildungspraktisch zu begegnen? Im Rahmen des vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (Bundesfamilienministerium) geförderten und vom Land Hessen mitfinanzierten Projekts wird unter anderem eine Ausstellung entwickelt, die 2019 in Frankfurt eröffnet wird.

Demokratie am Werk. Neues Modellprojekt für Auszubildende in Unternehmen

Mit dem neuen Projekt Demokratieprofis am Werk wird mit Auszubildenden in unterschiedlichen Unternehmen eine Zielgruppe erreicht, die nicht direkt zu gesellschaftspolitischen Themen arbeitet. Durch die Finanzierung im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ entwickeln wir Konzepte zu Demokratie und Antidiskriminierung. Ab Januar 2018 werden diese Workshops gemeinsam mit dem Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft und dem Landesverband des Zentralrats der Muslime angeboten.

Mehr als Du glaubst! Religion(en) im ländlichen Raum

Das neue Bildungsprojekt macht Angebote rund um die Themen Religiöse Vielfalt, Diskriminierung und Menschenrechte, die sich u.a. an die Partnerschaften für Demokratie in Hessen richten. Im Fokus steht der ländliche Raum: Hier werden insbesondere pädagogische Fachkräfte und Jugendliche mit Bildungsformaten angesprochen, die verschiedene Aspekte von Religionen im Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft beleuchten. Ermöglicht wird das Projekt mit einer Förderung des Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus des Landes Hessen.

Social Networking

Knapp 2.500 Likes auf Facebook – im vergangenen Jahr konnten wir unsere Reichweite in den Sozialen Netzwerken noch einmal erheblich steigern. Hinzugekommen ist der Instagram-Account, der die schönsten Bilder von unseren Veranstaltungen und Ausstellungen mit Hintergrundinformationen verbindet. Außerdem twittern wir (mehrmals) täglich aktuelle Informationen, Lese- und Veranstaltungsempfehlungen.

So soll es weiter gehen! Falls Sie uns noch nicht folgen, liken und sharen, können Sie das natürlich nachholen.



facebook.de/bildungsstaette.anne.frank



bsannefrank



@BS_AnneFrank
@ResponseHessen

Impressum

Bildungsstätte Anne Frank e.V.
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main
Tel. +49.69 56.000-20
info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

© Bildungsstätte Anne Frank 2017

Herausgeber

Dr. Meron Mendel (Direktor)

Redaktion

Eva Berendsen, János Erkens,
Johanna Mack, Céline Wendelgaß

Textbearbeitung / Redigat

Denise Peikert

Schlusskorrektur

Wiebke Baumann, Eva Berendsen,
Johanna Mack

Gestaltung

Studio Mihajlovic

Bildnachweise

Felix Schmitt

Janne Marie Dauer (Cover)

János Erkens (S. 14, 16, 18, 19)

Auflage

3.000

Erscheinungsweise

einmal jährlich

Copyright

Bildungsstätte Anne Frank

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur nach schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Bildungsstätte Anne Frank
Zentrum für politische
Bildung und Beratung Hessen

Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main
T +49.69.56000-20

info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de



Was können wir heute noch aus der Vergangenheit lernen? Wie handeln wir im Hier und Jetzt, wenn uns Rassismus begegnet? Wie gestalten wir die Gesellschaft, in der wir in Zukunft leben wollen – und in der alle einen Platz haben? Das sind Fragen, zu denen die Bildungsstätte Anne Frank arbeitet. Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen entwickeln wir innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. Dabei greifen wir in unserer politischen Bildungsarbeit aktuelle Diskurse und Konflikte auf. Fachkräfte erhalten Beratung in akuten Konfliktsituationen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Mit zwei Beratungsstellen unterstützt die Bildungsstätte Anne Frank sowohl Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt (response), als auch Menschen, die Diskriminierung erfahren haben (ADiBe Netzwerk Hessen). Neben der Anne Frank-Ausstellung, die im Juni 2018 als Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“ neu eröffnet wird, bieten wir wechselnde Sonderausstellungen und Diskussionsveranstaltungen. Das Mobile Lernlabor „Mensch, Du hast Recht(e)!“ ist seit 2014 auf Tour.